

„Nukleare Teilhabe, das ist der Kern der Abschreckung“

Von Josef Schneider

In wenigen Jahren könnte Putin ein Nato-Land angreifen. Vor dem Hintergrund der Bedrohung formulierte General a.D. Eberhard Zorn in Ellwangen Erwartungen an die Sicherheitspolitik.

ELLWANGEN – Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) – Sektion Ostwürttemberg – und des Bundespräsidialamts – Sprachenzentrum Süd – hat am Mittwochabend GSP-Vizepräsident General a.D. Eberhard Zorn im Olga-Saal der Reinhardt-Kaserne zum Thema „Erwartungen an die deutsche Sicherheitspolitik“ gesprochen. Zorn war von 2018 bis 2023 Generalinspekteur der Bundeswehr.

Die Ellwanger Bürgergarde in schmutzigen Uniformen stand vor dem Eingang zum Olga-Saal der Reinhardt-Kaserne Spalier, als General Eberhard Zorn gemeinsam mit Gerhard Ziegelbauer (GSP-Sektion Ostwürttemberg) den fast bis auf den letzten Platz gefüllten Saal betrat. Dort begrüßte Dr. Martina Braun vom Sprachenzentrum Süd des Bundespräsidialamts die Gäste zur ersten Veranstaltung der Wintervortragsreihe 2025/2026.

Gerhard Ziegelbauer erinnerte an den internationalen Tag der Demokratie, der am 15. September gefeiert wurde. Er zielt darauf ab, die Prinzipien der Demokratie zu fördern und zu ver-



General a.D. Eberhard Zorn (links) sprach im Olga-Saal zum Thema „Erwartungen an die deutsche Sicherheitspolitik“. Gerhard Ziegelbauer von der Gesellschaft für Sicherheitspolitik dankte ihm für den Vortrag.

FOTO: JOSEF SCHNEIDER

teidigen. „Eine Demokratie ist nicht selbstverständlich“, sagte Ziegelbauer. Dafür müsse man kämpfen.

Ziegelbauer zitierte den ehemaligen Inspekteur des Heeres Generalleutnant Alfons Mais, der eine drastische Aufstockung der Bundeswehr um 100.000 zusätzliche aktive Soldaten forderte, damit die Bundeswehr bis 2029 ausreichend kriegsbereit sei und bis 2035 die von Deutschland der Nato zugesagten Fähigkeiten bereitstelle.

General Zorn ging in seinem Vortrag auf die Bedrohungslage ein.

Die erste Bedrohung sei durch Russland, aber nicht allein wegen des Ukrainekriegs,

sondern auch durch Worte und Taten von Wladimir Putin.

Russland wolle die Gesellschaften, wolle Europa spalten und die Sicherheitsordnung der Welt maßgeblich verändern. Putin nutze die Gelegenheit, blickte der 65-Jährige auf den Krieg mit Georgien 2008, die Annexion der Krim 2014 und den Ukrainekrieg seit 2022.

Der General sprach in diesem Zusammenhang auch über Cyber- und Hackerangriffe. Das alles seien im Grunde Einzelhandlungen, aber sie summierten sich. Sie könnten unsere Gesellschaft ganz massiv schädigen.

Zur Frage, wie lange der Ukrainekrieg noch dauere, fragte er sich: „Wo ist das Element, das

Putin abbringen soll?“ Putins Amtszeit gehe bis 2030, bei einer Wiederwahl bis 2036. Dieser Krieg werde uns noch lange beschäftigen, meinte er.

Auf der gegnerischen Seite sei man in der Lage, strategisch langfristig zu planen. 2029 sei Putin in der Lage, woanders ein Nato-Land anzugreifen. Zorn forderte Deutschland auf, im Gesetzgebungsprozess und in der Materialbeschaffung schneller zu werden. Und: „Nukleare Teilhabe, das ist der Kern der Abschreckung.“

Der Redner ging auch auf die Unterstützung der Partner in Osteuropa ein und auf die 5000 deutschen Soldaten einer Panzerbrigade, die dauerhaft in Litauen stationiert ist mit dem Ziel, die Nato-Ostflanke zu schützen und auf die Bedrohung durch Russland zu reagieren - ein Leuchtturmprojekt von Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Zorn kritisierte aber, dass man bis heute noch keine militärische Strategie habe. Auf dem Gebiet der Landesverteidigung habe man von 1989 bis 2023 alles liegen lassen, sagte er zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Jetzt sei die Lage so kritisch geworden, weil die Zeit ablaufe.

Die Bundeswehr müsse materiell deutlich moderner werden, forderte Zorn. Denn der General sah nicht nur die Bedrohung durch Russland, sondern auch durch China. Die Chinesen seien mit 2,5 Millionen Soldaten

die weltbeste Armee, sagte er und hatte dabei auch die wirtschaftlichen Interessen im Blick: „Wir müssen auf diesem Gebiet am Ball bleiben.“

Zorn befürchtete, dass Medikamente fehlen könnten: „Die werden in China produziert.“

Weitere Herausforderungen seien neben China und Russland auch die Autokraten in Iran und Nordkorea und Terrorgruppen wie die Huthis im Jemen sowie Terrorgruppen in Syrien und Afrika. „Wir werden die nicht ausradieren können, die Terrorbedrohung ist vorhanden“, mahnte der General.

Zorn plädierte für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die Nato. Zum Thema Rüstung sprach er sich für eine weitere Modernisierung der Waffen aus, und: „Vor allem brauchen wir Munition.“

Man brauche deshalb eine konstante Rüstungsindustrie und neue Technologie. Beim Thema eigene, bewaffnete Drohnen und bei der Drohnenabwehr müsse man vorankommen.

Und unter Beifall forderte Zorn zur Verteidigung des Staates eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen. Für ein Dienstjahr für alle mit der Waffe sah er indes keine parlamentarische Mehrheit.

Ein weiteres Thema war die Standortdebatte, also die Stationierung der Truppen. Die Bundeswehr bilde zurzeit Ukrainer aus, jedes Jahr 10.000: „Wir können schon, wenn wir wollen.“